

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 28. Sitzung

am Mittwoch, dem 25. April 2007, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)	Vorsitzender
Axel Bernstein (CDU)	
Jürgen Feddersen (CDU)	i. V. von Claus Ehlers
Hartmut Hamerich (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	i. V. von Herlich Marie Todsen-Reese
Konrad Nabel (SPD)	
Sandra Redmann (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	i. V. von Ulrike Rodust
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Günther Hildebrand (FDP)	

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Henning Höppner (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes (LBodSchG)	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1063 (überwiesen am 1. Dezember 2006) hierzu: Umdrucke 16/1605, 16/1759, 16/1766, 16/1780, 16/1783, 16/1784, 16/1787, 16/1790	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes (LAbfWG)	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1064 (überwiesen am 1. Dezember 2006) hierzu: Umdrucke 16/1605, 16/1607, 16/1770, 16/1779, 16/1783, 16/1784, 16/1785, 16/1791	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinien 2001/42/EG und 2003/35/EG (LSUPG)	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1274 (überwiesen am 21. März 2007) hierzu: Umdruck 16/1963	
4. Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung (REACH) in Schleswig-Holstein	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1285 (überwiesen am 21. März 2007 an den Umwelt- und Agrarausschuss , den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)	

-
- 5. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) 9**
hier: Rahmenplan für das Jahr 2007
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1283
- (Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes)
- 6. Forst- und Holzwirtschaft in Schleswig-Holstein 12**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1071
- (überwiesen am 1. Dezember 2006 an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)
- 7. Am Ausstieg aus der Atomkraft festhalten 13**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1292
- (überwiesen am 23. März 2007 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)
- 8. Keine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke 14**
- Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/304
- (überwiesen am 10. November 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)
- 9. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2007 15**
- hierzu: Umdruck 16/1921
- 10. Ernährungs- und Lebensmittelforschung in Kiel stärken 16**
- Antrag des Abgeordneten Günther Hildebrand (FDP)
Umdruck 16/1962
- hierzu: Umdruck 16/1958
- 11. Verschiedenes 17**

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erweitert der Ausschuss diese um den Punkt „Ernährungs- und Lebensmittelforschung in Kiel stärken“ und billigt die insoweit geänderte Tagesordnung.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes (LBodSchG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1063

(überwiesen am 1. Dezember 2006)

hierzu: Umdrucke 16/1605, 16/1759, 16/1766, 16/1780, 16/1783, 16/1784,
16/1787, 16/1790

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes (LAbfWG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1064

(überwiesen am 1. Dezember 2006)

hierzu: Umdrucke 16/1605, 16/1607, 16/1770, 16/1779, 16/1783, 16/1784,
16/1785, 16/1791

Abg. Matthiessen erkundigt sich nach der Zuständigkeit von Altlasten im Meer innerhalb und außerhalb der Hoheitsgewässer der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Monitionsaltlasten. AL Dr. Wasielewsk legt dar, ausschlaggebend sei der Standort. Wenn Monitionsaltlasten außerhalb der deutschen Hoheitsgewässer lägen, sei möglicherweise die NATO zuständig. Bei der Lagerung innerhalb der Zuständigkeiten sei zu zuständige Behörde das Innenministerium.

Abg. Matthiessen erweitert seine Frage auf weitere Altlasten und erkundigt sich danach, wer für deren Beseitigung zuständig und ob dafür eine gesetzliche Regelung notwendig sei. AL Dr. Wasielewsk erwidert, nach seinem Wissensstand sei eine gesetzliche Regelung nicht erforderlich. Soweit es die Leichtigkeit des Schiffsverkehrs betreffe, sei es Bundesangelegenheit.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Matthiessen versichert AL Dr. Wasielewsk, nach seiner Erkenntnis sei einheitliche Auffassung von Bund und Land, dass das Bundesangelegenheit sei.

Abg. Hildebrand geht auf die Stellungnahme der kommunalen Landesverbände, insbesondere zu den §§ 1 und 25, ein und fragt danach, wieso diese Anregungen nicht aufgenommen worden seien. - St Rabiun verweist auf die Gesetzeslage des Bundes und macht deutlich, dass diesen Anregungen aus Deregulierungsgründen nicht gefolgt worden sei.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinien 2001/42/EG und 2003/35/EG (LSUPG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1274

(überwiesen am 21. März 2007)

hierzu: Umdruck 16/1963

Der Ausschuss beschließt einstimmig, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Als Termin, bis zu dem die Stellungnahmen abgegeben werden sollten, wird Ende Mai festgelegt. Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführung benannt werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung (REACH) in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1285

(überwiesen am 21. März 2007 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage des Abg. Matthiessen legt St Rabijs dar, ihm seien Beschwerden oder Schwierigkeiten bisher nicht bekannt. Notwendig sei eine Vorbereitungsphase. Der vorgegebene Zeitraum sei eng. Dennoch gehe er davon aus, dass eine Umsetzung leistbar sei.

Abg. Hildebrand regt an, Stellungnahmen einzuholen.

Abg. Matthiessen fragt nach der Belastung der Verwaltung durch die Umsetzung der Verordnung.

Ein Vertreter des Ministeriums legt dar, Anmeldungen über das Internet sollten implementiert werden. Aufgabe der Landesregierung sei es, darauf zu achten, dass die Vorregistrierung für die Stoffe, die hier hergestellt oder hierher importiert würden, tatsächlich erfolge. Das nämlich sei Voraussetzung dafür, dass die Übergangsfristen für diese Stoffe auch gälten. Die Umsetzung erfolge durch die Abteilung 7 des Ministeriums.

Nach Auffassung von Abg. Nabel sind die Auswirkungen erst dann nachvollziehbar, wenn die Registrierungen erfolgt seien. Das Land habe wenig Einfluss darauf. Sobald die Phase der Vorregistrierung vorbei sei, werde es sicherlich noch zu Nachbesserungen kommen. In diesem Zeitpunkt werde sich Politik zu äußern haben. Im Augenblick sehe er keinen Anlass dafür.

St Rabijs weist darauf hin, dass die Verordnung erlassen sei. Er rät dazu, abzuwarten, wie die Vorregistrierung laufe. Alles andere seien Mutmaßungen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)

hier: Rahmenplan für das Jahr 2007

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1283

(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes)

Die Abg. Harms, Matthiessen und Hildebrand beziehen sich auf Pressemitteilungen der Landesregierung, wonach die Mittel für Küstenschutzmaßnahmen aufgestockt, dafür aber andere Mittel eingespart werden sollten, unter anderem Mittel für kommunale Maßnahmen. Dazu bitten sie um entsprechende Darstellung und Erläuterung.

St Rabiuss weist zunächst darauf hin, dass die Anmeldung für den Rahmenplan für das Jahr 2007 beschlossen worden sei. Hier gehe es um die Verteilung der Bundesmittel. Dieser Rahmenplan lasse eine flexible Handhabung zu.

Das, was das Kabinett nun beschlossen habe, sei Bestandteil des Haushaltsvollzuges, gehe zum Teil aber auch darüber hinaus. Bekanntlich seien in den Einzelplänen globale Minderausgaben eingestellt worden. Wenn die für den Einzelplan 13 eingestellte globale Minderausgabe hätte erbracht werden müssen, wären erhebliche Mittelkürzungen bei der Gemeinschaftsaufgabe die Folge gewesen.

Nun habe es im Herbst letzten Jahres starke Sturmflutschäden insbesondere auf Sylt gegeben, die mit Maßnahmen im Rahmen der normalen Förderung durch die GA und durch EU-Mittel nicht aufgefangen werden könnten. Für diese zusätzliche Aufgabe werde ein Volumen von 5 Millionen € - von denen nur ein Teil Landesmittel seien - benötigt.

Aufgrund dieser Situation habe sich das Kabinett entschlossen, den Einzelplan 13 von der Verpflichtung zu entbinden, die globale Minderausgabe zu erbringen. Dafür müssten die besonderen Lasten des Küstenschutzes aus dem Einzelplan 13 finanziert werden. Um diese Lasten aufzufangen, solle umgeschichtet werden. In Anspruch genommen werden sollten noch nicht gebundene Mittel. Aus diesem Grund sei für einen begrenzten Zeitraum ein Bewilligungsstopp erfolgt.

Die erforderliche Verstärkung des Küstenschutzes sei auf diverse Maßnahmen verteilt worden, nämlich auf die Wasserwirtschaft, die Forstförderung, die Förderung der Ernährungs- wirtschaft, die Dauergrundlandförderung, die Altlastensanierung, die Biomasseförderung und die ländliche Entwicklung.

Für die Förderungsmaßnahmen im Bereich der ländlichen Entwicklung habe das Land ein Prioritätenmodell entwickelt. So sollten beispielsweise vorrangig solche Projekte gefördert werden, die Personalstruktur- und Arbeitsplatzrelevanz hätten, die kommunale und die private Projekte betreffen.

Auf eine Nachfrage des Abg. Matthiessen legt St Rabijs dar, die Pläne der Landesregierung würden vom Gemeindetag sicherlich nicht begrüßt. Die Landesregierung halte sie dennoch für hinnehmbar. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass kein Zustimmungserfordernis bestehe. Wichtig sei dennoch, das Gespräch zu suchen und die Gründe zu erläutern, die die Einschnitte notwendig machten.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Matthiessen verdeutlicht St Rabijs, für den Fall, dass nicht sämtliche Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben abgerufen würden, habe das Land weiteren Bedarf angemeldet. Dies hätten aber auch andere Bundesländer getan. Sollte Schleswig-Holstein zusätzliche Bundesmittel erhalten, flössen diese vorrangig in die Bereiche, bei denen nun gekürzt werde.

Auf einen Hinweis des Abg. Matthiessen hinsichtlich der Sturmschäden eingehend, merkt St Rabijs an, dass die Schäden vor Sylt am stärksten seien. Andere Maßnahmen könnten im Rahmen der normalen Küstenschutzmaßnahmen durchgeführt werden.

Abg. Harms erkundigt sich nach weiteren Küstenschutzmaßnahmen. - St Rabijs führt aus, insgesamt seien etwa 5 Millionen € zusätzlich erforderlich. Darin seien enthalten zusätzliche Sandvorspülungen vor Sylt in Höhe von 3 Millionen €, Maßnahmen für Hörnum/Odde in Höhe von 0,5 Millionen € sowie die Verstärkung des Bahndamms mit 1,5 Millionen €. Die Ausführung für die Maßnahmen vor Hörnum/Odde solle in den Jahren 2008/2009 mit jeweils etwa 2 Millionen € erfolgen. Maßnahmen für den Möwenbergdeich in List seien für die Jahre 2008 und 2009 mit jeweils 2,5 Millionen € vorgesehen. Sanierungsmaßnahmen für die Godelniederung könnten voraussichtlich im Rahmen der normalen Küstenschutzmittel erfolgen.

Er geht auf Nachfragen nach Gesprächspartnern von betroffenen Verbänden ein und macht deutlich, die Landesregierung habe Gespräche geführt. Er habe den Eindruck, dass Verständnis vorhanden sei. Gesprochen worden sei und werde noch mit dem geschäftsführenden Vor-

stand des Gemeindetages. Gesprochen worden sei mit dem Vorsitzenden des Waldbesitzerverbandes. Mit dem Bauernverband seien kleinere Maßnahmen erörtert worden, von denen dieser unmittelbar betroffen sei.

Auf den von Abg. Matthiessen angesprochenen Bereich des ländlichen Wegebbaus eingehend, erläutert St Rabijs, dass es noch Bedarf werde, die Förderung hier aber deutlich geringer werde. In diesem Zusammenhang weist er auf vom Landesrechnungshof festgestellte Mitnahmeeffekte hin. Die Landesregierung sehe aber durchaus die Möglichkeit, die Förderung in einzelnen Bereichen sinnvoll fortzusetzen.

Der Ausschuss nimmt den Rahmenplan für das Jahr 2007 der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Forst- und Holzwirtschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1071

(überwiesen am 1. Dezember 2006 an den Umwelt- und Agrarausschuss zur
abschließenden Beratung)

Abg. Hildebrand gibt seine Unzufriedenheit mit dem Bericht der Landesregierung Ausdruck.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang auf eine von der Landesregierung herausgegebene Broschüre zu diesem Thema hin.

St Rabiüs vertritt die Auffassung, dass die angesprochenen Themen konkret beantwortet worden seien. Was nicht sein könne, sei, dass mit diesem Bericht sozusagen eine Art vorgezogener Forstbericht erstattet werde. Dieser werde dem Parlament voraussichtlich im nächsten Jahr vorgelegt werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Am Ausstieg aus der Atomkraft festhalten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1292

(überwiesen am 23. März 2007 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss schließt sich mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Votum des ebenfalls beteiligten Wirtschaftsausschusses an und empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss die Annahme des Antrags in geänderter Fassung.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Keine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/304

(überwiesen am 10. November 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und den
Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss schließt sich mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an und empfiehlt dem Landtag die Annahme des Antrags in geänderter Fassung.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2007

hierzu: Umdruck 16/1921

Der Ausschuss legt die aus Umdruck 16/1921 ersichtlichen Termine für das zweite Halbjahr 2007 fest.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Ernährungs- und Lebensmittelforschung in Kiel stärken

Antrag des Abgeordneten Günther Hildebrand (FDP)
Umdruck 16/1962

hierzu: Umdruck 16/1958

Abg. Hildebrand geht auf den Brief des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Paziorek (Umdruck 16/1958) ein und kritisiert, dass dieser auf keines der vom Umwelt- und Agrarausschuss vorgetragenen Argumente eingegangen sei. Er macht deutlich, am 9. Mai finde in Berlin eine Anhörung statt, und hält es für erforderlich, auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Anhörung durchzuführen.

Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag zu. Als Termin legt er Donnerstag, den 10. Mai 2007, 13:30 Uhr, fest.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende bittet darum, in der nächsten Sitzung Themenvorschläge für eine Ausschussreise zu unterbreiten.

Abg. Matthiessen fragt, ob es bezüglich der Giftmülltransporte aus Australien einen neuen Sachstand gebe. - Abg. Nabel berichtet von einem Presseartikel, wonach entschieden sei, dass die Maßnahme in Gang gesetzt werde.

St Rabijs informiert den Ausschuss darüber, dass das Listungsverfahren der Europäischen Union hinsichtlich der FFH-Gebiete durchgeführt worden sei. Die Landesregierung habe insbesondere technische Änderungen sowohl für die kontinentale als auch für die atlantische Region angeführt. Diese erforderlichen Korrekturmeldungen seien aufgenommen worden.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:25 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin